

Andelfinger Zeitung, Dienstag, 27. Januar 2026

WEF-Krawalle und PUK-Bericht

von Dr. Jeannette Wibmer, Kantonsrätin und Präsidentin Die Mitte Bezirk Andelfingen
27. Januar 2026



Zu den WEF-Krawallen von letzter Woche in Zürich erhielt vorab eine Fraktionserklärung der EVP breite Unterstützung im Kantonsrat. Wir sind uns einig, dass friedlicher Protest Schutz verdient. Was wir jedoch vor einer Woche in Zürich erleben mussten, war kein legitimer Ausdruck politischer Meinungsäusserung, sondern eine bewusste Eskalation mit gefährlicher Pyrotechnik, Angriffen auf die Polizei sowie Sachbeschädigungen an privatem und öffentlichem Eigentum. Wir verurteilen solche gewalttätigen Ausschreitungen, die Verletzungen von Polizeiangehörigen, friedlichen Demonstranten sowie weiteren Anwesenden bewusst in Kauf nehmen. Dieses Verhalten missbraucht unser verfassungsrechtlich gewährtes Demonstrationsrecht und schadet gleichzeitig berechtigten Anliegen. Dafür gibt es keine Rechtfertigung! Unsere Polizei sorgt unter hohem persönlichem Risiko für Sicherheit und Ordnung. Sie verdient Rückhalt, Respekt und Dank – nicht Angriffe und Verachtung. Alle Angehörigen der Polizei, die bei solchen Einsätzen Ordnungsdienst

leisten, sind Menschen, die am Ende des Tages wieder gesund nach Hause wollen, die von Vätern und Müttern, von ihren Partnern und Kindern erwartet werden. Wer ernsthaft glaubt, mit Pflastersteinen, Pyrotechnik und weiterer Gewalt Politik zu machen, hat den Unterschied zwischen Demokratie und Krawall nicht verstanden.

Der Kantonsrat befasste sich auch mit dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zum Datensicherheitsvorfall in der Justizdirektion. Die Mitte stellt fest, dass dieser Vorfall im Rahmen der parlamentarischen Untersuchung gründlich, sachlich und umfassend aufgearbeitet wurde. Glücklicherweise gelangten durch ihn keine heiklen Daten an die Öffentlichkeit. Dennoch zeigt der PUK-Bericht Schwächen in der Sicherstellung der Datensicherheit im Kanton auf. Zwar waren alle gesetzlichen Grundlagen und formellen Weisungen vorhanden, aber sie wurden nicht konsequent umgesetzt.

Der Bericht macht deutlich, dass früher ein ausgeprägtes «Gärtli-Denken» innerhalb des Regierungsrates die Entwicklung einer wirksamen gesamtkantonalen Informationssicherheit erheblich erschwerte. Die Mitte nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die im Bericht formulierten Empfehlungen angeht. Ebenfalls begrüsst die Mitte, dass er prüft, einen einheitlichen kantonalen Entsorgungsprozess für IT-Geräte einzuführen. Personalschulungen – etwa die Sensibilisierung auf Sicherheitsrisiken wie Phishing – sind heute schon verbindlich. Es ist festzuhalten, welche weiteren Schulungsmodulare als obligatorisch festgelegt werden sollen. Im Nachhinein ist man immer klüger. Entscheidend ist nicht die rückblickende Bewertung vergangener Fehler, sondern die Bereitschaft, daraus zu lernen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Wir in der Mitte vertrauen dem Regierungsrat, dass er inskünftig solche Herausforderungen in gemeinsamer Verantwortung effizient angehen und bewältigen wird. Wir werden die Finanzierung entsprechender Massnahmen im Rat unterstützen.